

Protokoll

über die 12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales
der Stadt Wedel am Montag
dem 28.10.2019, im Sitzungsraum Vejen des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Julian Fresch
Frau Ursula Lauenstein
Herr Jan Lüchau

Vorsitzender

WSI:

Frau Gudrun Nagel

stellv. Vorsitzende

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Karin Blasius
Frau Aysen Ciker
Herr Heinrich Hormann

SPD-Fraktion:

Frau Meltem Adal
Frau Heidi Keck
Herr Norman Rothe

FDP-Fraktion:

Frau Andrea Spangenberg

Fraktion DIE LINKE:

Frau Barbara Kautz

Seniorenbeirat:

Frau Dagny Henning

Stellvertretung

Verwaltung:

Frau Manuela Mohn
Frau Martina Reimer
Herr Ralf Waßmann

Schriftführerin

Fachbereichsleiter

Es fehlte entschuldigt:

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Friederike von Nobbe

Seniorenbeirat:

Herr Hans-Wolfgang Mühlenbein

Jugendbeirat:

Frau Margarita Alieva

Frau Felicia Paulina Verter

Verwaltung:

Frau Yvonne Wild

stellv. Schriftführerin

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Fresch alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Es sind 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Es wird beantragt, die Tagesordnungspunkte 5 und 6.2 vorzuziehen und nach Punkt 2 zu beraten. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Weiterhin wird der nichtöffentliche Punkt 7.1 nach einstimmigem Beschluss gestrichen.

Frau Ciker meldet Beratungsbedarf für den nichtöffentlichen Teil an. Es wird einstimmig beschlossen, ihre Anfrage in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Anhörung der Beiräte**
- 3.) **Satzung der Stadt Wedel über die Benutzung der städtischen Unterkünfte sowie die Erhebung von Benutzungsgebühren**
Vorlage: BV/2019/098
- 4.) **Bericht zum Planungsstand in Sachen Neubau von städtischen Wohnunterkünften**
- 5.) **Sachstandsbericht der Verwaltung**
 - 5.1 **Sachstand Sozialer Wohnungsbau und Belegungssituation in den städtischen Wohnunterkünften**
Vorlage: MV/2019/097



6.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064

7.) Mitteilungen und Anfragen

7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

8.) Mitteilungen und Anfragen

9.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Frau Henning hat nichts zu berichten.

3.) Satzung der Stadt Wedel über die Benutzung der städtischen Unterkünfte sowie die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: BV/2019/098

Frau Reimer erläutert die Gründe, die zur Vorlage eines neuen Satzungsentwurfes geführt haben. Zum einen muss eine Satzung nach Ablauf von 20 Jahren erneuert werden. Zudem mussten aufgrund von Neubau neue Unterkünfte erfasst werden. Weiterhin gibt es eine Vielzahl von angemieteten Wohnungen, die von der Satzung nicht erfasst sind und daher die Mietkosten nicht immer komplett vom Jobcenter erstattet werden. Weiterhin haben sich die Berechnungsgrundlagen durch die Einführung der Doppik verändert.

Es folgt eine Diskussion zum Thema Kostensteigerung.

Aus dem Gremium wird Kritik an der massiven Steigerung der internen Verrechnung geäußert. Diese sei nicht nachvollziehbar.

Herr Rothe weist darauf hin, dass die Kalkulationen diese Informationen liefern und dass diese in Session hinterlegt sind.

Übereinstimmend wird fest gehalten, dass die Menschen, die keinerlei Sozialleistungen erhalten und die Kostensteigerungen unter Umständen allein tragen müssen und gegebenenfalls dadurch in den Hilfebezug geraten, nicht außer Acht gelassen werden dürfen.



Da derzeit nicht bekannt ist, wie viele Menschen davon betroffen wären, wird die Verwaltung beauftragt, eine Wirkungsanalyse zu erstellen. Diese soll enthalten, wie viele Menschen in den Unterkünften Leistungen beziehen und woher, wie viele Selbstzahler sind und dies aufschlüsseln in Einzelpersonen und Familien. Weiterhin soll ein Vorschlag für eine Härtefallregelung erarbeitet werden.

Frau Reimer sagt dies zu und stellt in Aussicht, dass die Analyse und eine Härtefallregelung möglichst bis Dezember 2019 vorliegen sollte, damit die Satzung noch in diesem Jahr beschlossen werden könnte.

Frau Keck verlässt um 19:20 Uhr den Raum. Es sind nunmehr 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Nach weiterer kurzer Diskussion fasst Herr Fresch zusammen, dass die Verwaltung im Dezember 2019 zur Sitzung des Sozialausschusses eine Wirkungsanalyse sowie einen Vorschlag für eine Härtefallregelung vorlegt.

Er bittet um Abstimmung über diesen Antrag und die Zurückstellung der BV/2019/098:

Der Ausschuss beschließt mit 12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Sozialausschusses im Dezember 2019 eine Wirkungsanalyse sowie einen Vorschlag für eine Härtefallregelung vorzulegen. Die Vorlage wird so lange zurück gestellt.

4.) Bericht zum Planungsstand in Sachen Neubau von städtischen Wohnunterkünften

Herr Fresch begrüßt Frau Mußmann, die zum Sachstand Neubau von städtischen Wohnunterkünften mündlich berichten wird.

Aus dem Gremium wird bemängelt, dass trotz mehrmaliger Bitte keine schriftliche Ausarbeitung mit Informationen zum Thema vorgelegt wurde.

Es wird kritisiert, dass sich die Wohnunterkünfte insgesamt in keinem guten Zustand befinden. Frau Mußmann reagiert darauf, indem sie auf die ständigen Kürzungen des Budgets für Bauunterhaltung sämtlicher städtischer Gebäude hinweist. Theoretisch stehen je Gebäude 3.500,- € im Jahr 2019 zur Verfügung. Die Liste mit Mängeln wird daher immer länger.

Frau Keck betritt den Raum. Es sind wieder 13 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Sie geht nunmehr auf den Planungsstand der einzelnen Unterkunftsstandorte wie folgt ein:

Steinberg 8: Mittel sind eingestellt. Die Planung ruht aufgrund auf Grund der Sportentwicklungsplanung. Das Gesamtprojekt befindet sich in der Entwurfsplanung, es ist noch keine Baugenehmigung vorhanden. Die Entwürfe sind aus ihrer Sicht jedoch unabhängig vom Sportentwicklungsplan insgesamt noch überarbeitungswürdig. Herr Waßmann ergänzt, dass noch nicht fest steht, in welche Richtung sich die Sporthalle entwickeln wird: Schulsport- oder Profisporthalle. Sofern die Entscheidung für eine



Profisporthalle dort fallen sollte, wäre diese mit deutlich höheren Kosten verbunden. Zudem wäre aufgrund des erhöhten Platzbedarfes eine Wohnunterkunft am Standort Steinberg nicht mehr möglich.

Schulauer Straße: Es sind Mittel eingestellt. Die Entwürfe liegen vor, werden aktuell aber noch einmal überarbeitet.

Bullenseedamm: Mittel wurden eingestellt. Es liegen Pläne für einen Anbau an das bestehende Gebäude vor. Die Bauanfrage läuft. Dort könnte theoretisch im kommenden Jahr gebaut werden.

Aus dem Gremium kommt der Hinweis, dass in der Bewohnerstruktur an diesem Standort darauf geachtet werden sollte, dass auch zukünftig keine Durchmischung stattfindet.

Heinestraße: Eine Baugenehmigung sowie eine Planung für ein Gebäude für 29 Personen liegen vor. Aufgrund der Vielzahl der angemieteten Wohnungen, des Absinkens der Flüchtlingszahlen sowie Bedenken der Anwohner*innen wurde das Verfahren entschleunigt.

Ansgariusweg 17: Die Baugenehmigung läuft aus; da für das baufällige Gebäude kein Geld mehr investiert werden soll, wird keine Verlängerung beantragt. Aus dem Gremium wird die Frage gestellt, ob es Pläne für eine andere Verwertung des Grundstückes gibt. Es wird Wert darauf gelegt, dass keine Veräußerung an einen Investor erfolgen soll. Um Rückmeldung wird gebeten.

Moorweg 60: Die Baugenehmigung läuft aus. Eine Verlängerung ist beantragt worden.

Grundsätzlich wird eine Umzugskette erst dann starten, wenn ein Neubau bezugsfertig geworden ist. Dann kann auch erst eine entsprechende Info gegeben werden.

Das Gremium kritisiert nochmals, dass die Informationen erst jetzt nach mehrmaliger Aufforderung in diesem Ausschuss weiter gegeben wurden und die weitere Planung scheinbar komplett vom Ergebnis des Sportentwicklungsplanes abhängig gemacht wird.

Für den weiteren Verlauf gab es bereits in der Vergangenheit Beschlüsse, zum Beispiel die Prioritätenliste, in welcher Reihenfolge die Wohnunterkünfte durch Neubauten ersetzt werden sollen. Alles Weitere muss durch den Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschlossen werden.

Sobald neue Erkenntnisse vorliegen, ist Frau Mußmann bereit, diese in diesem Gremium zeitnah vorzustellen.

5.) Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Reimer berichtet über den Stand des wohnungswirtschaftlichen Dialoges. Es wurde eine Matrix entwickelt. Diese dient als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung, um bei zukünftigen Wohnbauprojekten 30 % sozialen Wohnungsbau zu erreichen. Dieser Wert ist eine vom Rat der Stadt Wedel festgelegte Richtgröße. Ein Verhandlungsspielraum ist weiterhin gegeben.

Das letzte Treffen war am 19.02.2019, weitere Treffen werden nur noch terminiert, wenn es aktuellen Handlungsbedarf gibt. Organisator ist Herr Grass.

Das Gremium bittet um Beifügen der Matrix an dieses Protokoll.

5.1.) Sachstand Sozialer Wohnungsbau und Belegungssituation in den städtischen Wohnunterkünften
Vorlage: MV/2019/097

Auf Nachfrage erläutert Frau Mohn, dass der Angemessenheitsrichtwert, der vom Kreis Pinneberg festgelegt wird, sich für Einzimmerwohnungen reduziert hat, jedoch haben die laufenden Sozialleistungsempfänger Bestandsschutz.

Die Zahl der auf der Warteliste für sozial geförderte Wohnungen hat sich verringert. Das resultiert aus einer Überprüfung der Liste; die Personen wurden überprüft, ob noch ein Bedarf besteht.

Die Fluktuation in den Sozialwohnungen ist nicht sehr hoch, da das Vorliegen der Voraussetzungen nach Bezug nicht mehr überprüft wird. Eine Fehlbelegungsabgabe kann wegen eines Gerichtsurteiles nicht mehr erhoben werden.

Das Gremium bittet zukünftig um eine grafische Darstellung der Zahlen aus dem Text: Anzahl der Sozialwohnungen, Wohnungen mit Belegungsrecht in Form eines Benennungsrechtes, Haushalte auf Warteliste, wenn möglich rückwirkend für 10 Jahre.

6.) Betreuung der städtischen Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2019/064

Frau Nagel meldet weiteren Beratungsbedarf an und beantragt, die Entscheidung zu vertagen.

Grundsätzlich wird diese zusätzliche Stelle vom Gremium befürwortet. Es wird positiv angemerkt, dass auch Bewohner*innen ohne Flüchtlingshintergrund eine*n Ansprechpartner*in vor Ort erhalten sollen. Durch die Stelle sei eine Reduzierung der Unterhaltskosten zu erwarten, damit trage sich die Stelle zum Teil selbst.

Die Entscheidung wird einstimmig vertagt.

7.) Mitteilungen und Anfragen

Es gibt keine Mitteilungen oder Anfragen.

7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt nichts zu berichten.



9.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Fresch berichtet kurz über das im nichtöffentlichen Teil Besprochene und schließt um 21.15 Uhr die Sitzung. Er dankt allen Anwesenden und wünscht einen guten Heimweg.

Julian Fresch
Vorsitzender

Manuela Mohn
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

